

rückt.⁵⁹ Seine gedankliche Konstruktion erwies sich als nicht tragfähige Leichtbauweise. D'Argenson machte im Gegensatz zu Helvétius aus der Idee des kleinen Eigentums ein solides Konzept, das verwirklicht werden sollte. Erst die Verknüpfung des Konzepts von universalisiertem Privateigentum und allgemeiner Marktfreiheit mit der Idee von der Planbarkeit und Veränderbarkeit der Eigentumsverteilung ergibt jene machtkritische Konstruktion, die eine starkliberale Entwicklung in Gang setzen kann.

Diese Beobachtung lässt sich verallgemeinern. Bei der Antwort auf die Frage, ob eine politische Philosophie stark- oder schwachliberal genannt werden muss, kommt es gleichermaßen auf die Architektur des Ganzen wie auf die der Teile an. So ist etwa das Ziel der planvollen universellen Durchsetzung von Privateigentum und Marktfreiheit ein Element, auf das eine starkliberale politische Philosophie unter keinen Umständen verzichten darf. Diese Idee ist ein Grundbaustein, ein Pfeiler, der die gesamte Konstruktionseinheit trägt, obwohl sie nicht das ganze Gebäude des starken Liberalismus ausmacht.

10.13 René-Louis d'Argenson als Repräsentant des ambivalenten Liberalismus

Wie kaum ein anderer Zeitgenosse des vorrevolutionären Frankreichs erkannte d'Argenson die Probleme der Ökonomie seines Landes. Wären seine Vorschläge für eine Öffnung der Märkte und für eine gerechtere Verteilung des Eigentums verwirklicht worden, hätten der Zusammenballung ökonomischer Macht Grenzen gesetzt werden können. Doch der Marquis vertraute viele seiner Ideen und Konzepte allein seinen umfangreichen Tagebüchern an, die erst Mitte des neunzehnten Jahrhunderts publiziert wurden. Aus den zu seinen Lebzeiten veröffentlichten Schriften spricht hingegen eine andere politische Position. Während im *Journal* die Notwendigkeit der Einschränkung oder sogar Abschaffung wirtschaftlicher Macht wortreich begründet wird, heißt es in der Denkschrift *Betrachtungen über die alte und die gegenwärtige Regierung Frankreichs*. Inwieweit die Demokratie unter der monarchischen Regierung zugelassen werden darf lediglich, aus der Grundherrschaft erwachse den Grundherren die Pflicht, ihren Besitz in Ordnung zu halten, die Wohlfahrt zu fördern und den Armen zu helfen.

Diese Position erinnert an den Gründungskonsens der »Sozialen Marktwirtschaft«, die sogenannte »Sozialpflichtigkeit des privaten Eigentums«, die Marktkonzentrationen hinnimmt und nur deren Folgen zu kompensieren sucht. Der

59 Zu dieser Haltung siehe Elisabeth Botsch: *Eigentum in der Französischen Revolution. Gesellschaftliche Konflikte und Wandel des sozialen Bewußtseins* (= Rolf Reichardt, Eberhard Schmitt, Hg.: *Ancien Régime, Aufklärung und Revolution*, Bd. 22), München 1992, S. 223.

von d'Argenson oben vorgeschlagene Dämpfungseffekt lässt sich nicht allein durch mangelnden Mut und berechnete Furcht vor Repression durch das *Ancien Régime* erklären. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass die Vorstellung, man brauche das Übel nicht abschaffen, müsse es bloß einhegen, zur Struktur des Denkens von d'Argenson gehört.

Starkliberal ist d'Argensons Denken nur in einem seiner Stränge, nämlich da, wo er über die armen Bauern und die armen Handwerker auf dem Lande schreibt. Mit deren Leben aus eigener Anschauung vertraut, erkannte der Marquis die Notwendigkeit, Eigentum für alle zu schaffen und auf diese Weise die Märkte für alle zu öffnen. Der Einzelne sollte nicht allein über seine eigene Arbeit, sondern auch über deren gesellschaftliche Rahmenbedingungen entscheiden können. An dieser Stelle seines Konzepts wurde die Grenze dessen erreicht, was in der damaligen Gesellschaft denk- und aussprechbar war.

Dieser Perspektive aus Sicht der untersten Schichten des Volkes stellte d'Argenson eine andere Perspektive gegenüber, die dem Erhalt des Staates und seiner Macht diene. Im ersten Fall stellt sich die Frage: Wie müssen die Institutionen umgebaut werden, damit jeder Bürger in Freiheit und ohne Armut leben kann? Im zweiten Fall stellt sich die Frage: Welche Art der Modernisierung des Absolutismus ist notwendig, damit das System der Herrschaft weiter existieren kann?

Die Schriften des Marquis erwecken immer wieder den Eindruck, als könnten beide Perspektiven, beide Interessen in Einklang gebracht werden. Einerseits plädieren die Texte dafür, dass jeder Einzelne sein Leben in die Hand nimmt und sie betonen zugleich, dies sei auch für die Monarchie nützlich. Da die Monarchie aber, wie es in d'Argensons Schriften ebenfalls heißt, durch die Macht allein des Königs und seines Hofes bestimmt wird, sind alle Übrigen von dieser Macht abhängig. Der Widerspruch der Aussagen ist offenkundig.

In Bezug auf die Englische und die Amerikanische Revolution wurden bisher das Denken und Handeln solcher Personen untersucht, bei denen trotz kleinerer Abweichungen eindeutig der starkliberale oder eindeutig der schwachliberale Idealtypus dominierte. Die Vorgeschichte der Französischen Revolution macht uns nun mit d'Argensons Werk, seiner Person und seinem Denksystem bekannt, in dem sich stark- und schwachliberale Positionen zu gleicher Zeit und mit gleicher Kraft äußern. Auf den ersten Blick entsteht der Eindruck von Stillstand; doch dass die starkliberale Dynamik bei d'Argenson wieder und wieder durch schwachliberale Elemente gelähmt wird, liegt nicht daran, dass der Marquis noch mit einem Fuß in der alten Ordnung stand, vielmehr daran, dass er, oft mit ein und demselben Text, zwei konträre Arten der Moderne vertrat.

D'Argenson setzte sich dafür ein, dass der Einzelne ökonomisch wie politisch selbstständig wird; was auf Dauer nur die Zerstörung der Monarchie bedeuten konnte. Auch wird in den Schriften des Marquis die Notwendigkeit von Revolutionen erwogen. Die von ihm beabsichtigte, ja vorhergesehene Umwälzung verfolgt

aber zwei Ziele, die sich letzten Endes nicht miteinander vereinbaren lassen. Unausgesprochen aber unübersehbar geht es um die Möglichkeit, das *Ancien Régime* erst durch Reformen auszuhöhlen, dann durch eine Revolution abzuschaffen. Ausgesprochen geht es um die Möglichkeit, die bestehende Ordnung zu modernisieren, weil sie anders nicht lange überleben wird. So ist Revolution im ersten Fall Befreiung, im zweiten Fall der Wechsel von einer Form der Unfreiheit in eine andere.

Der Gedanke »Demokratisierung in der Monarchie«, ausgesprochen schon im Untertitel des Traktats von 1737, ist also nicht bloß eine Art Tarnung, um das im politischen Raum Unsagbare sagen zu können. Es gilt eben nicht allein, was zwischen den Zeilen, sondern auch, was in den Zeilen steht. In d'Argensons *Betrachtungen* wird erklärt, dass Republiken prosperieren, Monarchien erstarren; wer sich gegen den moralischen, kulturellen und ökonomischen Verfall entscheide, müsse den Weg der allmählichen Demokratisierung beschreiten:

»Man müßte also versuchen, schlage ich vor, die Allgemeinheit mehr an der Regierung zu beteiligen, und sehen, was dabei herauskäme. Diese besonderen und verstärkten Bemühungen müssen notwendigerweise die Finanzen auf dem rechtmäßigsten und wünschenswertesten Wege ordnen, der in der Vermehrung des Reichtums des Souveräns durch das Wachstum desjenigen seiner Untertanen besteht. Man möge alle die verschiedenen Bereiche der staatlichen Ämter und alle die inneren Aufgaben, mit denen das Ministerium in Frankreich beauftragt ist, durchgehen, dann wird man finden, wie viel sie alle in diesem Bereich Erfolg haben und wie sehr sie einer Nachlässigkeit erliegen müssen, die mit einem allzu großen Umfang der Aufgaben unlösbar verbunden ist.«⁶⁰

Vieldeutig lässt dieser Passus im Raum stehen, was von dem alten Herrschaftssystem nach einer solchen Reform noch übrig bleibt. Diese Unschärfe ist das Tor zu radikalen liberalen Konsequenzen. Aber d'Argensons Traktat schlägt dieses Tor immer wieder zu, indem er eine Antwort auf die Frage sucht, wie das *Ancien Régime* demokratisiert werden könne, ohne dass es in diesem Prozess zu veritabler Demokratie käme. Dies ist keine restaurative, keine reaktionäre Haltung, sondern eine Form politischer Modernisierung: Es ist die schwachliberale Option, die auf der Kenntniss und Nutzung starkliberaler Energie beruht, diese Energie aber pervertiert.

D'Argenson erklärt in seinen in kleinster handschriftlicher Auflage erschienenen *Considerations*, wie vorteilhaft die Demokratie sei. Dort, wo eine Republik an eine Monarchie grenze, könne man einen deutlichen Unterschied bei der »Güte der öffentlichen Arbeiten und selbst des privaten Besitzes« erkennen; die Republiken stünden in Blüte, die Monarchien nicht.⁶¹ Der kaum verhehlte Utilitarismus dieses

60 René-Louis Marquis d'Argenson, wie Anm. 29 Kap. 10, S. 145.

61 René-Louis Marquis d'Argenson, wie Anm. 29 Kap. 10, S. 70.

Arguments pro Republik und kontra Monarchie erlaubt mindestens zwei Interpretationen. Bei der ersten, das heißt starkliberalen Interpretation werden all jene Argumente, die traditionell zur Stützung der Monarchie beitragen, von einem Aufklärer wie d'Argenson hinweggefeht. Herrschaft besteht demnach nicht von Gottes Gnaden und mit Gottes Segen. Vielmehr ist sie funktional in Bezug auf einen Nutzen. Es kann zum Beispiel darum gehen, in welcher Weise die staatlichen Institutionen die Menschenrechte sichern. Bei der zweiten, das heißt schwachliberalen Interpretation stehen die Wirtschaft und ihr Wachstum sowie die Macht der Eliten des Landes im Vordergrund. Die schwachliberale Verwendung des Arguments hat zur Konsequenz, dass die demokratischen Bestrebungen institutionell kanalisiert werden müssen, sodass sie die Herrschaft des Königs nicht in Gefahr bringen.

Doch auf welche Art soll diese Einhegung erfolgen? Wir haben gesehen, dass der Marquis den Zustand der politischen Wissenschaften beklagte und forderte, soziale Technologien zu entwickeln, nicht um den Glanz des Monarchen zu verstärken, sondern um Armut zu bekämpfen. Die Förderung von Sozialtechnologie hat allerdings noch eine andere, um nicht zu sagen entgegengesetzte Funktion. Sie soll auch verhindern, dass sich durch die erfolgreiche Bekämpfung von Armut durch Freiheit eine Vernichtung des auf Unfreiheit gründenden Herrschaftssystems resultiert. In dem Traktat des Marquis heißt es, die »größte Schwäche der absoluten monarchischen Regierung« liege darin, dass sie sich »um alles kümmern« wolle; wodurch in Wahrheit spezifische Interessen favorisiert würden, die »Idee des öffentlichen Wohls« aber leide. Gleich im nächsten Absatz der *Betrachtungen* verrät der Autor, wie zu verhindern sei, dass der Kampf gegen Armut in einen Kampf für Freiheit umschlägt:

»In welchem Umfang, mit welchen Kunstgriffen könnte man eine Art von Unabhängigkeit innerhalb der Abhängigkeit zulassen? Bis wohin können die eine und die andere vorgetrieben werden, ohne sich jeweils selbst wesentlich zu schädigen? Man muß zunächst dieses große Prinzip berücksichtigen, das in der Vereinigung der Teile besteht, die die Kraft eines Ganzen bilden. Infolgedessen verhindert man, wenn man Aufruhr in einer Stadt fürchtet, daß sich die Bürger zu mehr als zu dritt oder viert auf den öffentlichen Plätzen versammeln. Aus demselben Prinzip folgt, daß die Versammlung der Generalstände gefährlich für die Monarchie ist. [...] Die Stände einer großen Provinz sind weniger gefährlich; aber sie bleiben gefährlich.«⁶²

Zwar sollten die Straßen und Plätze durch den Handel zwischen freien, also von den Feudallasten befreiten Bauern belebt werden; doch diese Selbstständigkeit der Vielen durfte sich nach Meinung des Autors auf keinen Fall zu einer aufständischen

62 René-Louis Marquis d'Argenson, wie Anm. 29 Kap. 10, S. 57.

Öffentlichkeit entwickeln. Selbst die Versammlung der Generalstände, in der sich der König, der Adel und der Dritte Stand berieten, war dem Marquis suspekt.⁶³

Der Marquis spricht sich aber nicht nur plump für eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit aus, sondern entwickelt vielmehr ein System der Beteiligung der Bürger, das den Staatsapparat effizienter und die Bürger zufriedener machen soll. Die Bürger sollen nicht autoritär unterworfen, sondern durch ein begrenztes Mitspracherecht eingebunden werden. Die Modernität d'Argensons wird deutlich, wenn man für einen Moment von der Rolle des Historikers Abschied nimmt und sich fragt, wie das Demokratisierungs- und vor allem das Dezentralisierungskonzept des Autors am Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts fungieren würden. D'Argenson wäre dann wohl der Verfechter modernster Methoden des Managements und der Organisation von Großunternehmen. Denn angewandt auf das Hier und Heute, impliziert sein Ansatz die Einsicht, dass Großbetriebe strukturell ineffizient, ihre Hierarchien dysfunktional sind. Der Marquis würde etwa fragen: Lässt sich die Macht der großen Unternehmen festigen, indem die Vorteile der kleinen Unternehmen mit ihrer »informellen Organisation«, ihrer »personellen Diversität«, ihrer »flachen Hierarchie« integriert werden?

So wie d'Argenson erkannt hatte, dass der französische Absolutismus mit seinem »*L'etat, c'est moi*« nur dann überleben würde, wenn Autorität delegiert und dezentralisiert würde, so haben die Konzernherren unserer Tage längst erkannt, dass Großbetriebe nur durch die Befreiung von ihrer internen Planwirtschaftsstruktur, nur durch eine innere Dezentralisierung vor dem Ruin bewahrt werden können. Für beide exemplarische Situationen, die politische im achtzehnten wie die ökonomische im einundzwanzigsten Jahrhundert, gilt: Die »bottom-up« genannte Dezentralisierung von Entscheidungsrechten auf niedriger Ebene geht mit der »top-down« genannten Bewahrung der Zentralisierung auf höherer Ebene einher.

Die ambivalente schwachliberale Modernisierung ist eine Strategie, um die starkliberale Modernisierung und den Systemkollaps zu verhindern. D'Argensons Schriften sind ein Beispiel dafür, wie beide Wege der Modernisierung in ein und derselben Sozialtheorie konkurrieren. Ambivalent ist nicht allein das Nebeneinander und Gegeneinander beider Perspektiven. Es kommt vielmehr zu Moderni-

63 Die Generalstände wurden 1614, angeblich anlässlich der Volljährigkeit König Ludwigs XIII., zum vorletzten Mal einberufen. In Wahrheit sahen die Repräsentanten des Adels ihre politische und ökonomische Position gefährdet und wollten daher den König durch die Versammlung unter Druck setzen. Das Selbstverständnis der Herrscher Frankreichs in der neuen Ära des Absolutismus ließ dann die Einberufung der Generalstände nicht mehr zu. Erst zum 5. Mai 1789 wurden sie von König Ludwig XVI. wegen einer Finanzkrise erneut einberufen. Dabei kam es zwischen dem König, den Adligen und den Bürgern zum Streit um die Modalität bei Abstimmungen. Die Zahl der Vertreter des Dritten Standes wurde auf sechshundert verdoppelt. Im Lichte dieser von ihm nicht mehr erlebten Entwicklung ist d'Argensons Reserve gegenüber den Generalständen nachvollziehbar.

sierungsprodukten, die unabhängig von den Intentionen der Modernisierer ihre eigene soziale, ökonomische und politische Logik entfalten. Der Versuch, den Zentralismus durch restringierte Dezentralisierung zu erhalten, kann das Gebäude der Herrschaft schützen oder niederreißen. Gleich ob es sich um die von d'Argenson gewünschten vielen Regionen Frankreichs oder um die vielen Profitcenter heutiger Konzerne handelt, in all diesen Fällen wird unter einem Herrschaftsverbund durch Dezentralisierung Selbstständigkeit gewährt und erprobt. Sie kann so bemessen werden, dass sie den Kolossen neues Leben einhaucht; sie kann aber auch, wenn nur der starkliberale Funke überspringt, zur Plattform des Ausstiegs werden.

10.14 Gegensätzliche Typen moderner Öffentlichkeit vor der Französischen Revolution

Im Mittelalter waren die Beziehungen zwischen Herrschenden und Beherrschten »entpolitisiert«, indem sie in eine für selbstverständlich gehaltene, religiös formalisierte und legitimierte Ordnung eingebettet waren. Diese Form der Herrschaftssicherung erwies sich durch den Bedeutungsverlust der Religion und angesichts der Entdeckung der Möglichkeiten der Naturwissenschaften als ökonomisch ineffizient und politisch unglaublich. Die Physiokraten ersetzten nun die mittelalterliche Art der Legitimation von Herrschaft durch einen autokratischen Rationalismus, der die Möglichkeit schaffen sollte, einerseits die Hierarchie der Gesellschaft in modernisierter Form zu erhalten, andererseits Wirtschaftswachstum mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden zu erzeugen. Die Physiokraten vertraten somit einen antiliberalen Rationalismus. Sie verkörperten mit dieser Haltung einen Grundtypus der Moderne.

Dass die Physiokraten als Wegbereiter des Liberalismus gelten, der sich im Lauf der Französischen Revolution durchgesetzt haben soll, ist allerdings ein Irrtum. Liberale Politik, in welchem Sinne auch immer, kann es erst geben, wenn unterschiedliche, ja gegensätzliche Interessen und Ideale ohne Repression im öffentlichen Raum artikuliert werden können. Die Physiokraten aber leugneten die Existenz des Politischen als einer eigenständigen Sphäre gesellschaftlichen Lebens. Sie vertraten vielmehr die These, gute Gesetze könnten im Grunde weder von den Bürgern noch vom König verfasst und in Kraft gesetzt werden, da die sozialen Gesetze, ähnlich wie die physikalischen, bereits »vorsozial« feststünden, bevor sich überhaupt Gesellschaft bilde. Politik handele allein davon, diese Gesetze zu erkennen, sie auszuführen und anzuwenden. Die Vorstellung von Rationalität war bei den Physiokraten untrennbar mit der Legitimation ökonomischer und politischer Macht verbunden; die Formulierung und Interpretation von Gesetzen wünschten sie in die Hand derjenigen Herren zu legen, die über die ihrer Meinung